36



Am 01.11.2026, 21:15 Uhr

Politik

Wärmeplanung VG Bad Hönningen - Nachbesserung gefordert

Wer Projektierer-Zahlen als Wissenschaft verkauft, spielt Populisten in die Hände

Bad Hönningen. Bei der öffentlichen Vorstellung des Endberichts zur kommunalen Wärmeplanung am Dienstagabend im Römersaal hat das beauftragte Büro Hansa Luftbild die Energiepotenziale der Verbandsgemeinde erneut in der Form präsentiert, die bereits im Sommer von Dr.-Ing. Michael Kröger in einer schriftlichen Stellungnahme beanstandet worden war. Im Mittelpunkt der Kritik steht die Windkraft: Der Bericht weist ein Potenzial von 134 Gigawattstunden pro Jahr aus. Diese Zahl stammt nicht aus einer eigenen Untersuchung, sondern aus der Bürgerpräsentation des Projektierers Süwag/BMR, der im Stadtwald acht Windräder errichten will.

Auf Nachfrage erklärte das Büro am Dienstag, man habe die Daten verwendet, die man gefunden habe, und im Übrigen gebe es in der Verbandsgemeinde ohnehin keine anderen Flächen. Diese Begründung ist in sich widersprüchlich. Gibt es keine Flächen, liegt das Potenzial nicht bei 134 Gigawattstunden, sondern bei null. Gibt es Flächen, müssen sie untersucht werden. Eine Potenzialanalyse, die das Projekt eines Investors übernimmt, ist keine Analyse, sondern eine Abschrift.

Dass dasselbe Büro in den Nachbar-Verbandsgemeinden Brohltal und Bad Breisig flächenbasiert gerechnet und dort auch auf planungsrechtliche Hindernisse wie Radarschutz und Naturschutz hingewiesen hat, macht die Sache nicht besser. Es zeigt, dass die Methode bekannt ist und in Bad Hönningen schlicht nicht angewandt wurde. Hinzu kommen Volllaststunden von 2.400 Stunden pro Jahr, die weder hergeleitet sind noch zu den tatsächlichen Erträgen in Rheinland-Pfalz passen, die in den letzten Jahren zwischen rund 1.500 und 1.700 Stunden lagen. Weitere Punkte der Stellungnahme: Die Übersicht der „Energiequellen“ enthält Wärmepumpen, deren ausgewiesener Wert aus dem Gebäudebedarf zurückgerechnet ist, also Energieverbrauch, der als Energiequelle beschriftet wird. Und die zentrale Aussage, die Potenziale überstiegen den Bedarf um das Doppelte, hält einer Prüfung nicht stand: Sie enthält eine große Abwärmemenge, die der Bericht drei Seiten später selbst als nicht belastbar einstuft, sie addiert Potenziale, die um dieselben Gebäude und dieselben Wärmenetze konkurrieren und sich deshalb gar nicht addieren lassen, und sie nennt für alle Quellen ausschließlich Absolutwerte ohne Bandbreiten. So entsteht eine Sicherheit, die es nicht gibt.

Das Büro verwies in der Diskussion auf den wissenschaftlichen Anspruch der Arbeit und auf die Abstimmung mit der Verwaltung. Genau darin liegt das eigentliche Problem. Wissenschaft bedeutet eine nachvollziehbare Methode, offengelegte Annahmen, Bandbreiten und die saubere Trennung von Quelle und Verbraucher. Nichts davon ist hier erfüllt. Wer trotzdem das Etikett „wissenschaftlich“ verwendet, beschädigt nicht nur diesen einen Bericht. Er liefert all jenen eine Steilvorlage, die seit Jahren behaupten, die Energiewende sei ein abgekartetes Spiel von Gutachtern, Verwaltung und Investoren. Ob das Absicht war, spielt dabei keine Rolle. Das Ergebnis ist von einem Gefälligkeitsgutachten nicht zu unterscheiden, und genau so wird es gelesen werden.

Es geht dabei nicht um ein Nein zur Windkraft. Es geht darum, dass die Verbandsgemeinde ihre Entscheidungen auf belastbare Zahlen stützen kann. Gerade wer die Energiewende vor Ort will, muss auf saubere Methoden bestehen. Sonst gewinnen am Ende diejenigen, die gar nichts wollen und das dann Freiheit nennen.

Dr.-Ing. Michael Kröger fordert die Verwaltung auf, den Bericht in der vorliegenden Form nicht abzunehmen und vor dem Beschluss im Verbandsgemeinderat eine Nachbesserung der Potenzialanalyse zu verlangen. Die Verbandsgemeinde erhält für die Wärmeplanung einen gedeckelten Ausgleich des Landes von rund 105.000 Euro. Der Bericht selbst schlägt vor, die eigentliche Potenzialanalyse anschließend als Zusatzmaßnahme für weitere 40.000 bis 100.000 Euro zu beauftragen. Die Verbandsgemeinde hat eine Potenzialanalyse bezahlt. Sie sollte sie nicht ein zweites Mal kaufen müssen.

Die vollständige Stellungnahme mit Seitenverweisen und Quellen liegt der Verwaltung, dem beauftragten Büro und den Fraktionen seit dem 19. Oktober vor.

Dr.-Ing. Michael Kröger

Freie Wähler

Stadtrat und VG-Rat Bad Hönningen

Symbolfoto Foto: Pixabay

BLICK aktuell bei Google bevorzugen **(https://www.google.com/preferences/source?q=blick-aktuell.de)**

Erhalte mehr Inhalte von uns in deinen Google-Suchergebnissen. ×